

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.630.132

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)16031/J-NR/2023

Wien, am 30. Oktober 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Peter Schmiedlechner und weitere haben am 30.08.2023 unter der **Nr. 16031/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Schließungswelle bei den Betrieben** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- *Welche Folgen hatten die Lockdowns für unsere Betriebe - vor allem für ihre wirtschaftliche/finanzielle Situation?*

Nahezu die Gesamtheit der österreichischen Unternehmen war von den Auswirkungen der COVID-19-bedingten Wirtschaftskrise betroffen. Durch die damit verbundenen Lockdowns kam es zu massiven Umsatzeinbrüchen. Die COVID-19-Krise war durch ein gleichzeitiges Auftreten von negativen Angebots- und Nachfrageschocks charakterisiert. Auf der Angebotsseite haben die Maßnahmen zur Eindämmung der Gesundheitskrise wie etwa die Betretungsverbote die Sachgütererzeugung und die Marktdienstleistungen, vor allem Beherbergung und Gastronomie sowie Verkehr, besonders getroffen, auf der Nachfrageseite kam es zu einer Zurückhaltung der Konsum- und Investitionsausgaben wie auch zu einem massiven Einbruch der Auslandsnachfrage.

Auf Grund ihrer spezifischen Charakteristika waren KMU teilweise stärker von den Auswirkungen der Pandemie betroffen; insbesondere hatten sie mit rückläufigen Jahresumsätzen zu kämpfen. Trotz der massiven Einbrüche im Jahr 2020 sind die KMU jedoch bereits 2021 wieder gewachsen. Ihre nominellen Umsätze und die Bruttowertschöpfung lagen nämlich 2021, auch auf Grund des Preiseffektes, bereits wieder über dem Niveau von 2019. Dank der umfassenden COVID-19-Hilfsmaßnahmen der Regierung blieb die grundsätzliche finanzielle Lage der KMU daher stabil.

Zu den Fragen 2 bis 4 und 9

- *Sind die Gründe für die schlechten Aussichten der Betriebe bereits vor den Preissteigerungen, nämlich bei den Lockdowns, zu suchen?*
- *Wie viele Betriebe haben österreichweit seit dem Beginn der Corona-Krise zuge-sperrt und warum?*
- *Welche Branchen sind besonders von der Schließungswelle betroffen?*
- *Wie viele Betriebe (in Prozent) österreichweit stehen derzeit vor der Entscheidung zu schließen?*

Die für die Angabe der Zahl der Unternehmensschließungen herangezogene Unternehmensdemografie der Statistik Austria liegt in Form von Jahresdaten vor. Die aktuelle Zeitreihe beginnt 2015 und endet bislang 2021.

In den Jahren 2015 bis 2021 gab es in Österreich rund 30.000 Schließungen von Unternehmen pro Jahr. Gemessen an der Gesamtzahl der aktiven Unternehmen von 540.000 bis 590.000 lag die jährliche Schließungsquote zwischen 4,9 % im Jahr 2018 und 6,1 % im Jahr 2016. Im Jahr 2021 lag die Schließungsquote bei 5,3 %. Ein klarer zeitlicher Trend ist bei der Schließungsquote somit nicht erkennbar. (Quelle: Statistik Austria)

Bemerkenswert ist, dass die Zahl der aktiven Unternehmen mit Ausnahme der Jahre 2019 und 2020 angestiegen ist, die Schließungen also von den Neugründungen von Unternehmen zahlenmäßig übertroffen wurden. Im Jahr 2021 gab es um 9 % mehr aktive Unternehmen als im Jahr 2015. (Quelle: Statistik Austria)

Laut Kreditschutzverband KSV 1870 gab es jedoch im Jahr 2022 mit 49.351 eine außergewöhnlich hohe Zahl von Unternehmensschließungen.

Die Schließungsquoten fallen traditionell je nach Branche unterschiedlich aus, was mit den Branchenstrukturen, der Abhängigkeit vom Konjunktugeschehen und den Betriebsgrößen in Zusammenhang steht. Besonders hoch sind die Schließungsquoten laut Unternehmens-

demografie der Statistik Austria traditionell im Verkehr (2021: 7,9%) und in der Gastronomie (2021: 5,8%), geringer dagegen in der Warenproduktion (2021: 3,9%). An diesem Muster hat sich in den Jahren 2015 bis 2021 nichts Grundlegendes geändert.

Laut Insolvenzstatistik des Kreditschutzverbands KSV1870 mussten in Österreich im Jahr 2022 (Stichtag 13.12.2022) 4.770 Unternehmen Insolvenz anmelden. Die Zahl hat damit das Niveau von vor der Corona-Pandemie bereits wieder nahezu erreicht.

Laut einer Analyse des Gläubigerschutzverbands Creditreform stiegen die Firmeninsolvenzen im ersten Halbjahr 2023 um 10% auf 2.661 Verfahren und erreichen das Vor-Pandemie-Niveau des Jahres 2019. Am stärksten steigen die Insolvenzen im Beherbergungs- und Gaststättenwesen (+24,5%) und in der Sachgütererzeugung (+20,2%). Trotz des großen Zuwachses in Prozent ist die Industrie nach wie vor relativ betrachtet krisenresistenter als die anderen Branchen. Die meisten Insolvenzen werden im Handel (455), im Bauwesen (451) und in den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen (418) angemeldet.

Zur Frage 5

- *Welche Branchen waren von den Lockdowns besonders betroffen?*

Von den Lockdowns als notwendige Maßnahme zur Eindämmung der Auswirkungen der Corona-Pandemie waren Handel, Gastronomie und Beherbergung sowie persönliche Dienstleistungen besonders betroffen.

Zu den Fragen 6 bis 8

- *Inwiefern haben die massiv gestiegenen Energiekosten einen Einfluss auf die Schließungswelle?*
- *Wie viele Betriebe (in Prozent) österreichweit können die Preissteigerung in der Produktion an Kunden nicht weitergeben?*
- *Wie viele Betriebe (in Prozent) österreichweit erwirtschaften derzeit keinen Gewinn?*

Im Bilanzjahr 2020/21 erzielten österreichische KMU im Durchschnitt ein Ergebnis vor Steuern (Umsatzrentabilität) in Höhe von 5,9 % der Betriebsleistung. Es zeigt sich dabei eine heterogene Ertragslage der KMU, wonach 78 % der Betriebe in der Gewinnzone waren. (Quelle: KMU im Fokus 2022)

Zur Frage 10

- *Welche Maßnahmen wurden bis jetzt umgesetzt, um den Betrieben bei den massiven Preissteigerungen zu helfen?*

Im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft wurden folgende Maßnahmen nach dem Unternehmens-Energiekostenzuschussgesetz bereits umgesetzt:

Beim Energiekostenzuschuss (EKZ) 1 und EKZ 1 Q4 ist die Antragsstellung bereits abgeschlossen. Stand 5. September 2023 erfolgten bereits 16.277 Zusagen mit einem bereits ausgezahlten Volumen von rund € 430 Mio.

Bei der Energiekostenpauschale ist eine Antragsstellung seit 8. August 2023 möglich. Das Antragsfenster ist noch bis 30. November 2023 geöffnet. Mit Stand 5. September 2023 erfolgten bereits 26.174 Zusagen mit einem ausgezahlten Volumen von rund € 17 Mio.

Am 16. Oktober 2023 startete die Voranmeldephase für den EKZ 2, die Antragsphase wird – vorbehaltlich der Genehmigung durch die Europäische Kommission – am 9. November 2023 starten.

Zu den Fragen 11 bis 17

- *Die Zahlen beweisen, dass die bisherigen Maßnahmen der Regierung nicht wirksam waren. Was machen Sie, damit es zu keinen weiteren Schließungen kommt, damit die Arbeitsplätze gesichert werden und damit die Versorgungssicherheit erhalten bleibt?*
- *Welche weiteren Maßnahmen sind geplant, um den Betrieben bei den massiven Preissteigerungen zu helfen?*
- *Welche weiteren Maßnahmen sind geplant, um die Versorgung und die Infrastruktur im ländlichen Raum zu erhalten?*
- *Warum wurde bis jetzt nicht wirksam gegen die Schließungswelle gegengesteuert?*
- *Wird die Schließungswelle den Trend „weg vom Land, hin zur Stadt“ intensivieren?*
- *Wie wirken sich die Schließungen auf die Innenstädte aus?*
- *Wie ist das Verhältnis der Betriebsschließungen zwischen Städten und ländlichem Raum?*

Traditionell ist die Unternehmensdemografie im städtischen Bereich dynamischer als im ländlichen Raum, wo es sowohl etwas weniger Neugründungen als auch etwas weniger Schließungen gibt. Im Jahr 2021 lag die jährliche Schließungsquote in städtischen Regio-

nen bei 5,7 %, in intermediären Regionen bei 5,3 % und in ländlichen Regionen bei 4,9 %. Ähnliche Abweichungen zeigten sich auch in den Vorjahren mit Ausnahme des ersten COVID-Jahres 2020, in dem die Schließungsquote quer durch alle Raumtypen bei 5 % lag. (Quelle: Statistik Austria)

Zu den Fragen 18 und 19

- *Welche Maßnahmen werden sicherstellen, dass die Nahversorgung am Land erhalten bleibt (Banken, Tankstellen, Gastronomie, Post, ...)?*
- *Welche Maßnahmen sind geplant, um die Schließungswelle zu verhindern? (Bitte um konkrete Maßnahmen und einen Zeitplan.)*

Insoweit der Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft angesprochen ist, stellt das Ressort ein breites Portfolio an Maßnahmen zur Unterstützung von Betrieben bereit, um die Entwicklung und das Wachstum von Unternehmen zu begünstigen und strukturelle Rahmenbedingungen zu verbessern. Beispielhaft ist auf die Antwort zu Frage 10 zu verweisen.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt